

- TOP 2** Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 03.08.2023
- TOP 3** Bericht der Geschäftsführung der Staatsbad Norderney GmbH
- TOP 4** Leerstand von Gewerberaum
- TOP 5** Sachstandsbericht zum Bevölkerungsschutz
- TOP 6** Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 7** Anfragen und Anregungen
- TOP 8** Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Protokoll (öffentlicher Teil)

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Harms eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. RM Wehlage erkundigt sich hinsichtlich der Tagesordnung nach dem Sachstand des Mobilitätskonzeptes. StAR Vißer führt aus, dass das Konzept voraussichtlich in der WTV-Sitzung Mitte August vorgestellt werde. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 03.08.2023

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 03.08.2023 wird mit drei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme und vier Stimmen dafür genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
Nein:	0
Enthaltung:	3

zu TOP 3 Bericht der Geschäftsführung der Staatsbad Norderney GmbH

GF Loth gewährt einen Rückblick auf das grundsätzlich erfolgreiche Jahr 2023. Die Anreisen haben mit 561.500 Anreisen rund 10.000 Anreisen unter dem Vorjahresniveau gelegen. Das Vergleichsjahr 2019 habe mit einem sehr langen Sommer und kurzfristig entschlossenen Gästen bei 592.000 Anreisen gelegen. Die Ergebnisse des Jahres 2023 glichen jenen des Jahres 2018.

Bei den Übernachtungsgästen seien im Jahr 2022 ca. 3,4 Mio. Übernachtungen und im Jahr 2023 ca. 3,69 Mio. Übernachtungen zu verzeichnen gewesen, was ein Fehl im Vergleich zu 2019 (3,8 Mio. Übernachtungen) von mehr als 100.000 Übernachtungen darstelle.

Bei den Tagesgästen sei ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Hier stelle sich die Frage, ob es sich hierbei um eine wirtschaftlich interessante Klientel handle. Eine andauernde Rückwärtsbewegung sei ein deutlicher Trend, der durch 261.000 Tagesgäste im Jahr 2019, 226.000 Tagesgäste im Jahr 2022 und nunmehr 215.000 Tagesgäste im vergangenen Jahr gekennzeichnet sei. Es werde nicht „am“, sondern vielmehr „im“ Urlaub gespart. Küstenurlauber hätten nunmehr einen geringeren Drang zu Tagesausflügen auf die Insel. Die Situation auf Norderney sei vor dem Hintergrund des Lebensraumkonzeptes erträglicher geworden, doch müsse diese Entwicklung insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit weiter im Auge behalten werden. Der tatsächlich erlöste Gastbeitrag liege bei 4,90 EUR im Jahr 2023. Der tatsächliche durchschnittliche Gastbeitrag liege jedoch bei 3,40 EUR brutto. Dies liege an vielen Ausnahmen, die am Ende zu einem anderen Ergebnis führten.

Erfreulich seien hingegen die dem Jahre 2019 (91.000 Besucher) ähnelnden Besucherzahlen des Badehauses. Die Besucherzahl im Jahre 2022 habe bei 110.000 Besuchern gelegen. Im vergangenen Jahr sei eine umfangreiche Kampagne namens „Neydewitzka“ gestartet worden. Hierdurch habe eine leichte Entspannung im Personalbereich herbeigeführt werden können. Es bleibe jedoch schwierig Fachpersonal zu finden. Mitunter steige auch das Wechsellpotential der Arbeitskräfte stetig an. Deutlich bleibe auch, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern im Feld der Digitalisierung weit zurückliegt.

Die Strandsituation, insbesondere an der Weissen Düne, sei sehr kritisch. Die Abbrüche seien nochmals sehr viel größer. Dank des Bürgermeisters seien infolge der Inselkonferenz Mittel vom Land generiert worden. Auch dem Wirtschaftsministerium sei zu danken, dass Sandentnahmen durchgeführt werden können. Auf der anderen Seite gestalte sich die Abstimmung mit dem Küstenschutz und der Nationalparkverwaltung schwierig, wie auch die Reparatur und Instandsetzung der vorhandenen Plattform.

Einige Großveranstaltungen stünden zudem an. Die Summertime Konzerte von Pur und Jan Delay seien bereits ausverkauft. Für die anderen beiden Konzerte seien bereits über 2.000 Karten verkauft worden. Viele Künstler, Comedians, Bands und Sänger seien nach Corona von der Bildfläche verschwunden. Dennoch zeige sich eine langsame Gesundung des Marktes. Da die Sponsorenfrage für den Triathlon nicht geklärt sei, habe die Veranstaltung abgesagt werden müssen.

Im Bereich des Marketings sei eine Nachhaltigkeitskampagne zu Zigarettenstummeln und Hundekot ins Leben gerufen worden. Es seien viele und unterschiedliche Reaktionen gefolgt. Die Provokation sei das Ziel gewesen. Die Kampagne habe durch Sprache in Wort und Bild einen konträren Streit entwickelt, welcher beabsichtigt gewesen sei. Die Botschaft sei angekommen. Gute Erfahrungen habe man insbesondere im Bereich des Weststrandes gemacht. Wenn etwas verboten werde, liege es aufgrund der deutschen Mentalität auf der Hand, dass die Gesellschaft darauf achtet und zur Einhaltung beiträgt.

Ebenfalls würden unzählige Hundekotbeutel ausgegeben. Die Verantwortung des Hundehalters stehe hierbei im Fokus. Eine gewisse Ordnung müsse gewahrt bleiben und nicht jeder könne das machen, was er wolle.

Aktuell sei man damit beschäftigt, zum Jahr 2025 eine App zu erstellen, die vertriebsorientiert eine komplett digitale Customer Journey ermöglicht. Es sollen in Form eines digitalen Concierge alle Leistungen, wie die Buchung von Fährkarten, des Gastbeitrages und Veranstaltungen angeboten und somit interessante touristische Produktwelten abgedeckt werden. Ein Förderantrag sei gestellt worden. Die Förderung sei bereits in Aussicht gestellt worden. Es handle sich um ein Projektierungsprojekt von weit über 200.000 EUR. Das ganze Thema basiere auf Bargeldlosig-

keit. Ziel sei es ab 2025 komplett bargeldlos zu sein. Zu klären sei noch der Status des Gastbeitrages, inwieweit eine rechtliche Verpflichtung zur Annahme von Bargeld bestehe.

Den Einzelhandel und entsprechende Leerstände betreffend sei ein Gespräch mit dem Einzelhandelsverband am gestrigen Abend geführt worden. Im Vergleich zu den Verhältnissen auf dem Festland, wo riesiger Leerstand zu verzeichnen sei, genieße der hiesige Einzelhandel einen hohen Stellenwert. Als Verpächter sei es wahrnehmbar, dass die Nachfrage nach Lokalen und gastronomischen Einrichtungen verhalten und eine restriktive Entwicklung abzuleiten sei. Mit der Ausnahme von Lokalen in guter Lage, sei es schwieriger Investoren und Interessenten zu gewinnen.

Schön sei, dass insbesondere jüngere Norderneyer bereit seien Risiken einzugehen und den Schritt wagten sich eine Existenz aufzubauen. Zu Coronazeiten seien großzügige Regelungen, insbesondere die Außenbereiche betreffend, getroffen worden. Eine entsprechende Auflockerung sei auch aktuell aus touristischer Sicht wünschenswert und zu begrüßen. Auch den Theaterplatz betreffend seien zeitnahe Konzeptionsgespräche wünschenswert, um eine der Insel angemessene Lösung zu finden.

RM Wehlage erkundigt sich nach der Situation der Rettungsschwimmer. GF Loth führt aus, dass die notwendigen Verträge für die Saison sicher seien. Ob diese auch tatsächlich erfüllt werden, könne er nicht zusagen. Nach aktuellem Stand sei die Versorgung gewährleistet.

RM Wehlage erkundigt sich zudem, ob durch die neuen QR-Codes für die digitale Strandkorbreservierung ebenfalls der Schritt gegangen werde, die am Strand stehenden Körbe, wie auch jene auf der Promenade, zu verschließen. GF Loth führt aus, dass der Mieter eines Strandkorbes auch über diesen verfügen können sollte. Natürlich hätten offene Strandkörbe einen gewissen Mehrwert, allerdings zahlen Mieter der Strandkörbe jedoch viel Geld für die Reservierung und somit auch für die Aufenthaltsqualität. Daher sollten auch diese zukünftig versperrt werden.

RM Wehlage betont, dass es bedauerlich sei, wenn die Staatsbad Norderney GmbH zukünftig alleinig auf bargeldlose Zahlungsmöglichkeiten setzen werde. Man sollte sich nicht auf eine Zahlungsmethode fixieren, sondern im Hinblick auf ältere Menschen und Personen mit Einschränkungen weiterhin die Zahlung mit Bargeld ermöglichen.

RM Wehlage erkundigt sich, wie es um die Zufriedenheit mit der Umsetzung des Lebensraumkonzeptes stehe, welches bis zum Jahre 2035 umgesetzt werden sollte. GF Loth führt aus, wünschenswert sei eine „unternehmenslustigere“ Umsetzung des Lebensraumkonzeptes, doch sei die Frage eher in Richtung der Politik zu stellen. BM Ulrichs führt aus, dass unterschiedliche Ansprüche und Vorstellungen an das Lebensraumkonzept gestellt würden. Die Politik besasse sich permanent mit Themen wie Wohnraumsicherung und -ausbau, Mobilitätskonzept, Skateranlage, dem Sportplatz und der Gemeinwesenarbeit. Dennoch enthalte das Lebensraumkonzept ebenso weitere Visionen, die eine große Herausforderung in der Umsetzung darstellen.

RM Hahnen erwähnt das Toilettenhäuschen am Osthellerparkplatz positiv und fragt, ob eine entsprechende äußere Gestaltung oder Verkleidung mit Holz noch folgen werde. GF Loth führt aus, dass eine Einfassung mit Holz noch erfolgen werde, es jedoch aktuell Lieferprobleme gebe.

zu TOP 4 Leerstand von Gewerberaum

Vorsitzender Harms leitet in den TOP ein. Bereits in mehreren Gremien sei der „Leerstand von Gewerberäumen“ thematisiert worden. Es werde heute nicht erwartet, Lösungskonzepte zu erarbeiten, dennoch solle man sich des Themas annehmen und zumindest ein Bewusstsein für die aktuelle Situation schaffen.

StAR Vißer führt aus, dass nach aktuellen Feststellungen ca. 30 Abmeldungen in unterschiedlichen Bereichen in der letzten Zeit erfolgt seien. In der Zwischenzeit sei es jedoch ebenso zu Neuanmeldung von Gewerbebetrieben gekommen, sodass nach aktuellem Stand ca. 25 bis 26 Betriebe nicht geöffnet hätten.

BM Ulrichs ergänzt, aktuell seien keine Auswirkungen auf die Gewerbesteuer ersichtlich. Zwar könnten auch erst zeitversetzt Auswirkungen deutlich werden, doch der Großteil der Betriebe funktioniere. Bestätigt werden können jedoch die Ausführungen des GF Loth, dass der Gast nicht „am“ Urlaub, sondern „im“ Urlaub spare.

Norbert Harm (Einzelhandelsverband) bedankt sich zunächst für die Einladung und sei froh, über das Thema hier sprechen zu können. Das Thema sei wesentlich komplexer als allgemein dargestellt. Nach Umfragen des Hauptverbandes herrsche eine große Unzufriedenheit mit der Ampel-Regierung vor. Die Gründe für Geschäftsaufgaben seien in erster Linie die mangelnde Personalverfügbarkeit, Insolvenzen und fehlende Nachfolger. Zudem sei die Miete in vielen Fällen nicht mehr zu erarbeiten. In der Folge sei es zu vielen Aufgaben gekommen. Vom Jahre 2013 bis 2020 sei die Zahl der Einzelhändler von 400.000 auf 300.000 Einzelhändler gesunken. Allein in 2023 sei die Zahl um 43.000 gesunken.

Herr Harm führt weiter zum gestrigen Termin aus, dass GF Loth einen Vorschlag unterbreitet habe, eine Gestaltungssatzung ins Leben zu rufen, die den Eigentümern dazu anhalte, in der Winterzeit die Räumlichkeiten sauber und korrekt vorzuhalten und Fenster entsprechend abzukleben. Gegebenenfalls sollte hierüber nachgedacht werden.

RM Wehlage merkt an, dass man sich bei dieser Problemlage zuvorderst auf vorhandene leerstehende Flächen konzentrieren und keine Schaffung neuer Gewerbeflächen priorisiert werden solle. Ebenfalls sollte man sich nicht auf Sondernutzungsflächen konzentrieren. Man solle mit dem arbeiten, was man im Bestand habe und man solle etwas für das optische Erscheinungsbild machen.

RM Selinger-Hugen merkt an, dass leerstehenden Objekte oftmals nicht die Qualität aufweisen, die für den weiteren oder neuen Betrieb zuträglich seien.

BM Ulrichs führt aus, dass es eine Rezession gebe und die Frage gestellt werden müsse, in welche Richtung es gehen solle. Teils scheitere es an hohen Mieten, welche in letzter Zeit nochmals gestiegen seien. Dies sei jedoch der Markt, welcher sich am Ende selbst regulieren werde. Die Attraktivierung der Geschäfte stoße insbesondere bei privaten Immobilien auf Grenzen, da hier eine Kooperation zwischen Eigentümern und möglichen Betreibern notwendig sei.

zu TOP 5 Sachstandsbericht zum Bevölkerungsschutz

StAR Vißer leitet in den TOP ein und berichtet anhand der beigefügten Präsentation über den Sachstand zum Bevölkerungsschutz. Es wird betont, dass der Bevölkerungsschutz nach dem Mauerfall keine große Rolle mehr gespielt habe. Spätestens seit den Ereignissen in und um Ahrweiler, der nachfolgenden Gas- und Stromkrise sowie dem Ukrainekrieg erfolgte ein Umdenken. Neben den natürlichen Gefahren, wie Sturmfluten, Starkregenereignissen, Dürre, Trockenheit, Epidemien sowie Pandemien bei Menschen, Tieren und Pflanzen, stehen auch von Menschen gemachte Gefahren, wie Havarien, Sabotagen, Krieg und Unfälle neben vielen weiteren Ereignissen im Fokus.

Die Folge solcher Gefahren sei die Betroffenheit kritischer Infrastrukturen (Kritis) wie Energie, Ernährung, Wasser, wobei insbesondere Stromausfälle die stärksten Auswirkungen mit sich brächten.

Die Zuständigkeit für den Zivilschutz obliege dem Bund. Im Verteidigungsfall bediene sich dieser ehrenamtlicher Organisationen, der Bundeswehr sowie der Polizei. Der Katastrophenschutz sei hingegen Ländersache (weitergehende Informationen siehe Präsentation).

Die Stadt Norderney wirke nach § 4 Nds. Katastrophenschutzgesetz (NKatSG) im Katastrophenschutz mit. Darüber hinaus sei sie nach § 5 a Abs. 1 und 2 NKatSG dazu verpflichtet, zur Katastrophenvorsorge eine Notfallplanung aufzustellen. Diese Pflicht obliege ihr als Betreiberin kritischer Infrastrukturen.

Zu den bereits geleisteten Vorbereitungsmaßnahmen gehören:

- Fortschreibung des Sturmflutalarmplanes,
- Suche nach Lagermöglichkeiten, z. B. für Feldbetten etc.,
- Anschaffung von 75 Feldbetten, Decken, Handtüchern, Essgeschirr,
- Anschaffung eines Satellitentelefon,
- Erarbeitung eines Maßnahmenkonzeptes „Starkregenereignisse“ und teilweise Umsetzung,
- Prüfung der Notstromversorgung,
- Beschaffung von zwei Notstromaggregaten für Pumpenstationen.

Plan sei nunmehr die detaillierte Erstellung des Gefahrenabwehrplanes bzw. die Erstellung von Sonderplänen für z. B. Stromausfälle, die Suche nach Lagermöglichkeiten für Betriebsstoffe, Bestellung weiterer Sandsäcke, die Aufbereitung der Homepage, Umsetzung weiterer Maßnahmen gegen Starkregen sowie Anschlüsse für mobile Notstromeinspeisungen. Ebenfalls würden weitere Warnmöglichkeiten, wie Sirenen, auch in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Aurich geprüft. Für Sirenen sei bereits der Auftrag zur Ausstattung des Kreisgebietes erfolgt. Nach dem geschlossenen Rahmenvertrag soll das Kreisgebiet bis Ende des Jahres 2025 mit Sirenenanlagen ausgestattet sein. Weiter werden Planungen zur Einrichtung eines Raumes für den Krisenstab vorangetrieben, was mit entsprechenden Weiterbildungsmaßnahmen einhergehen wird.

Zu betonen bleibe zudem, die Wichtigkeit, dass sich jede und jeder Einzelne im Rahmen der Selbsthilfe vorsorglich selber hilft oder auf die Hilfe von Nachbarn und anderen Personen setzen kann. Diese erste Phase der Selbsthilfe müsse so wirksam und geeignet sein, dass die Zeit bis zum Eintreffen organisierter Hilfe überbrückt werden kann. Informationen stelle das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BBK) zur Verfügung, Links seien zu finden auf der städtischen Homepage. Auch die kostenlosen Warn-Apps NINA und KATWARN sollten zur Nutzung herangezogen werden.

RM Wehlage erkundigt sich, anhand welcher Kriterien die Anzahl der Feldbetten berechnet werde. StAR Vißer teilt mit, dass für die Bemessung der Ausstattung 1 % der Bevölkerung als Maßstab herangezogen werde.

RM Wehlage fragt, ob die Einspeisung von Strom über Photovoltaikanlagen im Krisenfall möglich sei. StAR Vißer führt aus, dass unter anderem diese Möglichkeit aktuell in Abstimmung mit den Stadtwerken ermittelt werde.

zu TOP 6 Mitteilungen der Verwaltung

BM Ulrichs teilt mit, dass vor wenigen Tagen eine Anfrage der Faktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hinsichtlich Fahrzeugbeschaffungen und alternativer Antriebe eingegangen sei. Hierzu führt BM Ulrichs aus, dass zwei Fahrzeuge für die Kommune beschafft worden seien. Zudem sei ein Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug (HLF 20) mit herkömmlichem Antrieb für die hiesige Feuerwehr beschafft worden. Alternativlos sei zudem eine Ersatzbeschaffung eines Traktors für

die Strandreinigung gewesen. Es werde für die Technischen Dienste ein E-Gabelstapler als Ersatz im Herbst beschafft. Für die Kehrmaschine sei ebenfalls im Herbst eine Ersatzbeschaffung notwendig, welche voraussichtlich in herkömmlicher Form erfolgen werde, da die vielfältigen Anforderungen durch alternativ betriebene Fahrzeuge noch nicht in Gänze erfüllt werden können. Betont wird, dass jeder Einzelfall hinsichtlich der Beschaffung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben eingehend geprüft werde, sofern angemessene und wirtschaftliche Alternativen bestehen, werde die Beschaffung solcher Fahrzeuge in Erwägung gezogen. Betont werden müsse in dem Zusammenhang insbesondere der Aspekt, dass Leasingfahrzeuge mit alternativen Antrieben derzeit bedeutend teurer als herkömmliche Fahrzeuge seien.

Zudem führt BM Ulrichs zum Zuckerpad aus, dass in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr sowie des Umweltausschusses eine Aussprache gegen das vorgestellte Konzept erfolgt sei.

RM Selinger-Hugen verlässt um 19:27 Uhr die Sitzung.

Nun seien Überlegungen angestellt worden, wie man insbesondere mit dem Zuckerpad umgehen solle. Der Zuckerpad sei nunmehr isoliert betrachtet worden. Nach erneuter Abstimmung mit dem Straßenverkehrsamt habe sich dieses gesprächsbereit und lösungsorientiert gezeigt, sofern der Wunsch da sei, Fahrradfahrern die Nutzung testweise zu ermöglichen. Der Zuckerpad sei rechts und links auf den ersten 1,5 km mit Rasengittersteinen versehen, welche darüber hinaus damals an einigen weiteren Stellen stückweise eingebracht worden seien. Sofern diese Bereiche freigelegt würden, welche derweil überwachsen seien, könne ein Hinzugewinn von 80 cm Wegbreite erfolgen. Grundsätzlich könne sich das Straßenverkehrsamt mit diesem Vorgehen, in Verbindung mit einzelnen gepflasterten Ausweichflächen und Wartebuchten, anfreunden. Die Bereitschaft bestehe den Zuckerpad bereits in dieser Saison testweise für Fahrradfahrer zu öffnen, welche sich dem Fußgängerverkehr unterordnen müssten. Parallel würden die Gespräche mit der Nationalparkverwaltung erneut aufgenommen werden, damit ggf. ein leichter Ausbau erfolgen könne, in Wechselwirkung mit einem anteiligen Rückbau des Parkplatzes an der Oase.

RM Hahnen erkundigt sich, ob eine Sperrung des Zuckerpads für die problematischen Lastenfahrräder möglich sei. Hierzu führt BM Ulrichs aus, dass keine Differenzierung zwischen Elektrofahrrädern bzw. Lastenfahrrädern und normalen Fahrrädern auf rechtlicher Basis möglich sei. Ein Ausschluss bzw. Reduzierung des Aufkommens könnte lediglich durch einzubauende Barrieren in Frage kommen. Darüber hinaus merkt RM Hahnen an, es sei bereits in der Vergangenheit eine Anregung ausgesprochen worden, aus dem Nationalpark Wattenmeer partiell auszutreten, um mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu haben. BM Ulrichs führt hierzu aus, dass nach 35 Jahren Nationalpark ein Austritt utopisch und gefährlich sei. Bei allen Einschränkungen sei das Thema Nationalpark zur Erhaltung der Natur und Umwelt ein Erfolgsprojekt. Zudem solle die Nationalparkverwaltung aus dem Fokus genommen werden, da vielmehr die FFH-Gebiete unter einem Schutzstatus stehen, die nicht ohne weiteres herausgenommen werden können. Hier stehe vielmehr das unumgängliche Bundesnaturschutzgesetz mit entsprechenden Ausgleichsregelungen den hier nachrangigen Interessen entgegen, wenn in den Naturraum eingegriffen werden sollte.

RM Hahnen merkt an, dass niemand ein Interesse daran hätte Dünen zu entfernen, zu verkleinern oder in die Natur einzugreifen. Dennoch müssten Maßnahmen, die der Allgemeinheit dienen, wie eine angemessene Ausgestaltung des Zuckerpads, im Rahmen des Möglichen sein. Zudem seien alle anderen Wege im Inselosten doch für Fahrräder freigegeben. BM Ulrichs führt an, dass sich die Beschilderung in der Vergangenheit entwickelt habe und solche Radwanderwege in der früheren Zeit gefördert worden seien. Nunmehr sei es unumgänglich seriöse und vernünftige Regelungen zu finden. Nach wie vor sei die Gesprächsbereitschaft der Nationalparkverwaltung gegeben, die eine gemeinsame Lösungsfindung in Aussicht stelle.

zu TOP 7 Anfragen und Anregungen

RM Wehlage regt an, ob es sinnvoll sei, im Zusammenschluss mit den anderen ostfriesischen Inseln, analog den Regelungen in Schleswig-Holstein wie auch Mecklenburg-Vorpommern, die Einführung einer Servicegebühr für Hunde auf den Inseln bei der Landesregierung anzuregen. BM Ulrichs führt an, dass man sicherlich versuchen könne eine solche Regelung auf den Weg zu bringen. Erfolgsaussichten eines solchen Bestrebens seien keineswegs absehbar. Doch müsse bedacht werden, dass die Problematik der Hundehinterlassenschaften hierdurch in keiner Weise behoben werden könne.

zu TOP 8 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Herr Christian Hausmann fragt, ob es möglich sei, einen Zusammenschluss von Unternehmern und Politik zu bilden, um sich ähnlich einem Stammtisch auf eine Austauschebene zu begeben, damit sich aus diesem Austausch Initiativen entwickeln. Diese Initiativen könnten Ideen und Konzepte entwickeln, welche durch Projekte und Versuche leerstehende Objekte der Nutzung zuführen könnten. BM Ulrichs merkt dazu an, dass es vor ca. 25 Jahren ein ähnliches außerparlamentarisches Gremium gegeben habe, welches nicht lange gehalten habe. Dennoch stehe er solchen Gedanken grundsätzlich positiv gegenüber, doch müsse dies jemand in die Hand nehmen. RM Hahnen führt weitergehend aus, dass es sinnvoll sei, solche Zusammenschlüsse aus den Reihen der Dehoga und dem Einzelhandelsverband zu bilden und so sinnvolle Initiativen ins Leben zu rufen.

Vorsitzender Harms schließt die Sitzung um 19:57 Uhr.

Rolf Harms
Vorsitzender

Frank Ulrichs
Bürgermeister

Hillrich Holtkamp
Protokollführer